



Für eine pluralistische Schweiz, die ihren Grundsätzen treu bleibt: Nein zur «No Billag»-Vorlage am 4. März 2018

Die Westschweizer Regierungskonferenz ist sich der Bedeutung der Einheit unseres Landes und der Vertretung aller Regionen in den Medien bewusst und überzeugt, dass wir nur gemeinsam stark sind. Die Solidarität ist ein grundlegender Wert und Pfeiler der Schweiz. Deshalb lehnt sie die «No Billag»-Initiative ab.

Die Schweiz ist ein unternehmerisches Land – ein Land, das geprägt ist durch vielfältige Industrien und Traditionen, durch Verhandlungen, Landwirtschaft und Handel, Forschung und Leistungen. Und die Schweiz ist auch ein Land, das mit seinen Spitzensportlerinnen und -sportlern mitfiebert. Dieses Land der Seen und Berge gründet auf Wissen, auf Offenheit und auf dem Grundsatz der gesamtschweizerischen Solidarität.

Die SRG erfüllt einen grundlegenden Auftrag. Sie widerspiegelt die realen Gegebenheiten der Schweiz auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. In einem kleinen multikulturellen Land kann kein Privatfernsehen oder -radio diese nationale Aufgabe übernehmen. Kein Privatsender kann alleine so informieren, dass alle Regionen sowohl auf lokaler als auch schweizerischer Ebene ausgewogen berücksichtigt werden.

Die Radio- und TV-Gebühren gewährleisten die Qualität und Professionalität der Informationen und sind damit ein Garant für die Einheit, die Unabhängigkeit und den Zusammenhalt des Landes. Diese Einheit zeigt sich beispielsweise dann, wenn die ganze Schweiz mit ihren Spitzensportlern im Tennis, an den Olympischen Spielen oder der Fussball-WM mitfiebert – Anlässe, bei denen die Übertragungsrechte auf nationaler Ebene verhandelt werden, damit die gesamte Bevölkerung die Sendungen mitverfolgen kann. Die Unabhängigkeit ist der Kern und der grundlegende Wert unseres Landes. Sie gibt der Schweiz die Möglichkeit, demokratisch, solidarisch, respektvoll und leistungsfähig zu sein.

Den französisch-, italienisch- und rätoromanischsprachigen Regionen ist ein höherer Anteil des SRG-Budgets gewidmet, als ihnen aufgrund der Bevölkerungszahlen zustehen würde. Ihre Lokalfernsehen profitieren ebenfalls von den Gebühren, die manchmal fast die Hälfte ihres Budgets ausmachen. Dasselbe gilt für viele Radiostationen. Bei einer Versteigerung der Radio- und Fernsehkonzessionen würde das Land Sonderinteressen unterworfen, die weit entfernt sind vom Verfassungsgrundsatz der Gleichheit und die das föderalistische Prinzip untergraben würden. Gleichzeitig würde dadurch der Schweizer Markt für expansionshungrige ausländische Konzerne geöffnet, die kaum bereit sein dürften, Rücksicht auf die komplexen regionalen Gleichgewichte zu nehmen, die das Kennzeichen und eine der Stärken unseres Landes sind.

Die «No Billag»-Initiative ist also im Grunde ein Angriff auf die föderalistische Schweiz und nicht so sehr auf die Gebühren oder gar die SRG – das nationale Unternehmen, das verbessert werden kann und reformfähig ist und dem die Mittel in die Hand gegeben werden müssen, um seine Aufgaben weiterhin zu erfüllen und seine Arbeit kritisch zu hinterfragen.

Die WRK ist die einzige Regierungskonferenz, die alle zweisprachigen Kantone umfasst. Sie kennt die Stärken und Schwächen der verschiedenen Kulturen, die die Schweiz ausmachen, und lebt die Mehrsprachigkeit im Alltag.

Aus all diesen Gründen und für die Zukunft der Schweiz braucht es am kommenden 4. März ein NEIN zu «No Billag»!